

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 42 – Familienpolitik

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

Familienverträglichkeitsprüfung ist eine Farce

Dem Bericht voran gestellt ist eine kurze Analyse der Situation in Deutschland: Es werden weniger Kinder geboren. Kinder gehören nicht mehr zur normalen Lebensplanung von Paaren. Als Verantwortliche werden nach wie vor die Frauen gesehen. Das ist – leider - nicht neu. Jede dritte Frau Ende Dreißig bleibt kinderlos, die Kinderlosigkeit von Frauen nimmt mit ihrer beruflichen Qualifikation zu. Ungesagt bleibt, dass sich Männer zunehmend scheuen, Väter zu werden, dass der Anteil der Männer, die keine Kinder haben, deutlich größer ist als der von Frauen. Dass die Verantwortung fürs Kinderkriegen eine gemeinsame ist – bleibt in der gesellschaftlichen Debatte unterbelichtet.

Was ist für Männer bei ihrer Entscheidung zentral? Das ist der feste Wille, keinen Karriereknick hinzunehmen. Wenn wir Familie und Beruf wirklich vereinbar machen wollen, könnten wir uns ja schlicht am Tagesablauf der Männer orientieren. Dann würde keiner mehr behaupten, dass Krippenplätzen ausreichend sind, wenn sie für drei Prozent Kinder reichen. Keiner würde mehr behaupten, dass Kinderbetreuungseinrichtungen mit einer Öffnungszeit von 8.00 – 12.00 Uhr bedarfsgerecht sind. Wir müssen zukünftig gehörig umdenken und attraktive und flexible Bedingungen schaffen, damit Erwerbstätigkeit und Familie für Männer und Frauen vereinbar werden.

Erfreulich ist, dass der Bericht eine verlässliche und bezahlbare Kinderbetreuung bis hin zur Ganztagschule und den Ausbau eines qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Angebotes an Bildung und Betreuung ausdrücklich als zentrales Ziel der schleswig-holsteinischen Familienpolitik anerkennt. Das unterscheidet diesen Bericht deutlich von dem zur kostenlosen Kindertagesstätte, den wir im Anschluss diskutieren werden.

1/3

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 304.06 / 29.06.06

Der Familienbericht der Landesregierung hebt die Praxis in Schweden und Frankreich lobend hervor. Länder in denen der Schwerpunkt der Familienförderung auf einem komfortablen Angebot an Kinderbetreuung liegt – nicht in der direkten finanziellen Familienförderung. Das zeigt, dass bei der Entscheidung für oder gegen Kinder die Infrastruktur im Vordergrund steht. Familien brauchen die Sicherheit, dass sie nach einer kurzen Bypasspause eine gute, bedarfsgerechte und bezahlbare Kinderbetreuung finden.

Wenn finanzielle Anreize für die Familie eher nachrangig sind, dann wird das neue Elterngeld keinen Erfolg haben, solange die Kinderbetreuung nicht sichergestellt ist. Diese Erkenntnis fehlte der Großen Koalition in Berlin. Die Landesregierung positioniert sich im Bericht erfreulich kritisch zum Elterngeld und teilt unsere Auffassung, dass infrastrukturelle Maßnahmen Vorrang haben müssen. Schade nur, dass sie für diese Position in Berlin nicht lautstark gestritten hat. Zu den Erkenntnissen, die sie aus der französischen Familienförderung zieht, gehört auch, dass Steuererminderungen nur dann die Reproduktionsrate beeinflussen, wenn sie am Kind ansetzen und nicht am Trauschein.

Das Ehegattensplitting als Instrument der Familienförderung ist also falsch – es muss fallen und die frei werdenden 20 Milliarden Euro müssen u.a. für eine Verbesserung der Kinderbetreuung verwandt werden. Ich bin gespannt, ob die Diskussion auf Bundesebene Früchte trägt und ob sich CDU und SPD eine Reform des Ehegattensplittings zutrauen. Die CSU hat ja schon mal angekündigt, dass mit ihr ein in Frage stellen der Hausfrauen-Ehe-Förderung nicht zu machen ist!

Eine repräsentative Umfrage des „STERN“ hat hingegen gerade gezeigt, dass sich 71 Prozent der Bevölkerung für eine Abschaffung des derzeitigen Ehegattensplittings zu Gunsten einer gezielten Entlastung von Familien mit Kindern aussprechen.

Von der Bundesebene zurück nach Schleswig-Holstein. Der Bericht der Landesregierung bindet zwei unterschiedliche Dinge zusammen. Zum einen die berechnete Nachfrage der FDP, wie die Landesregierung gedenkt, die im Koalitionsvertrag fest vereinbarte Familienverträglichkeitsprüfung umzusetzen. Zum anderen den Wunsch von CDU und SPD, Schleswig-Holstein möge doch noch einmal seine Erfolge hin zu einem familienfreundlichen Land darstellen.

Zuerst zur Familienverträglichkeitsprüfung, die ursprünglich Anlass der Debatte war: Von 31 Seiten widmet die Regierung diesem Thema ganze 20 Zeilen und das abschließend. Mit sofortiger Wirkung sollen alle Ressorts ihre Entscheidungen eigenverantwortlich auf Familienverträglichkeit prüfen – na prima. Dabei gilt es drei einfache Fragen zu beantworten.

Ich will diese einmal am Beispiel der Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs durchspielen: Ist die Vorlage von familienpolitischer Relevanz? Eindeutig Ja! Trägt die geplante Vorlage zu einer Verbesserung der Lebens- und Gestaltungsbedingungen für Kinder und ihre Familien bei? Eindeutig Nein! Ist die Vorlage zum Nachteil von Familien? Eindeutig Ja!

Und nun? Wird die Landesregierung nun den Griff in die kommunale Tasche stoppen? Wohl nicht, diese hausinterne Prüfung wird wohl eher eine Formalie bleiben, wie sonst könnten relevante Teile der Landesregierung für eine Standardabsenkung in den Kindertagesstätten eintreten! Der Bericht macht sich nicht einmal die Mühe zu beschreiben, was passiert, wenn eine Vorlage als nicht familienfreundlich eingestuft wird! Und natürlich auch kein Wort darüber, ob und wie das Parlament über die Anwendung und die Ergebnisse der neuen Familienverträglichkeitsprüfung informiert wird. Diese Familienverträglichkeitsprüfung ist eine Farce – mehr Bürokratie ohne messbares Ergebnis und ohne eine Konsequenz in der Sache!

Würde die Landesregierung ihre eigene Aussage ernst nehmen und Familienpolitik tatsächlich als Querschnittsthema einstufen, so müsste sie ein Gesamtkonzept mit Ziel- und Maßnahmenevaluation erarbeiten, ähnlich wie es unter Rot-Grün zum „Gender-Mainstreaming“ eingeführt worden ist.

Nun zum zweiten Teil des Berichtes. Was die Große Koalition als ihre zukunftsorientierte Familienpolitik anpreist, ist überwiegend die Fortschreibung und Weiterentwicklung der Projekte aus unserer Regierungszeit. Das spricht für die Projekte, die wir damals konzipiert und aufgelegt haben. Ob „Wellcome“, KIK oder die Beratungsstellen „Frau + Beruf“ – diese Projekte anzuschieben war richtig, sie haben sich bewährt.

Auch lobt die Landesregierung die Aktivitäten der Gleichstellungsbeauftragten – zu Recht, leisten sie doch wertvolle Arbeit, wenngleich die CDU sich alle Mühe gibt, diesen „unnötigen Schnickschnack“ vollends abzuschaffen.

Warum die Landesregierung in diesem Bericht alle familienpolitisch relevanten Maßnahmen noch einmal auflisten musste, obwohl sie sich bereits im Kinder- und Jugendaktionsplan sowie im Bereich „Früher wahrnehmen – schneller handeln – besser kooperieren – zum Wohle unsrer Kinder“ finden, dass bleibt ein Geheimnis von CDU und SPD! Sie schreiben halt gerne Berichtsansträge wenn sie den inhaltlichen Anträgen der Opposition nichts entgegen zu setzen haben. Zu Recht beklagt sich die Regierung, dass sie vor lauter Berichten nicht zum Arbeiten kommt.

Es begann mit einer Frage der FDP nach einem Punkt im Koalitionsvertrag – es endete mit einem ausführlichen Bericht, weil sich CDU und SPD noch nicht geeinigt hatten, ob und wie der Koalitionsvertrag an diese Stelle umgesetzt werden soll. Zur Entbürokratisierung haben CDU und SPD nicht beigetragen!
